



*"In times of universal deceit, speaking the truth is a revolutionary act."*

*"If liberty means anything at all, it means the right to tell people what they do not want to hear" George Orwell*

## **global news 3406 21-01-15: Hartz IV: Von der dunklen Seite des angeblichen deutschen Sozialstaats**

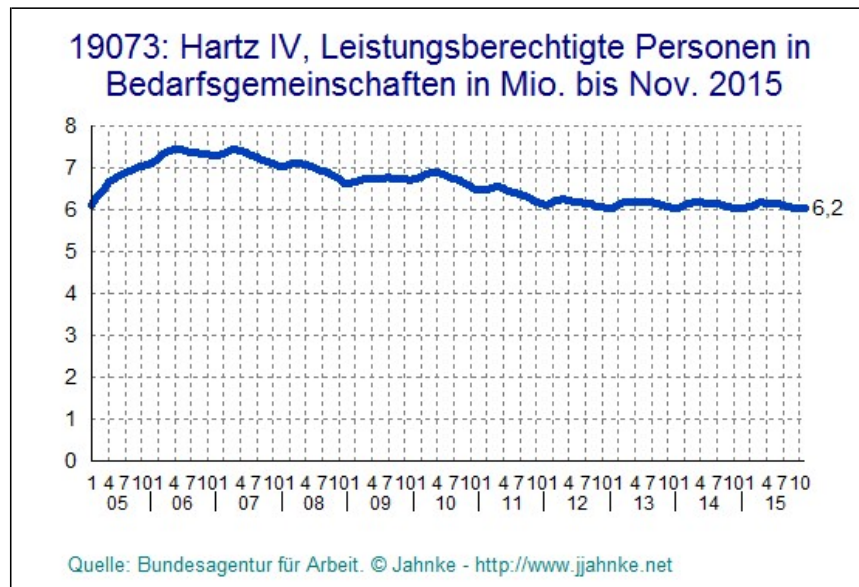
([hier](#) zur pdf.Fassung zum Ausdrucken)



### **1. Der Sturz auf Hartz IV**

Der deutsche Staat unterstützt über Hartz IV derzeit 6,2 Mio. Menschen. Hinzu kommen noch sehr viele Menschen, die sich aus Scham oder anderen Gründen nicht beim Sozialamt melden wollen. Dazu gehören auch qualifizierte Arbeitnehmer und sogar akademisch ausgebildete, vor allem in vorgerückten Altersgruppen. Schon seit vielen Jahren bewegt sich die Zahl in dieser

Größenordnung, ohne daß ein Rückgang erkennbar wäre; das Niveau ist noch immer dasselbe von vor 10 Jahren (Abb. 19073).



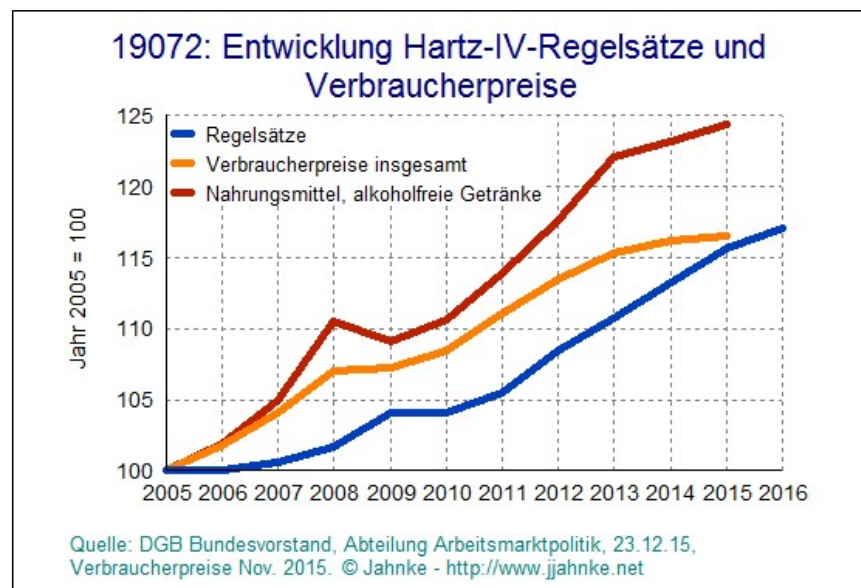
Fast ist es, als würde die Bundesregierung einen sozialen Notstand in dieser Größenordnung für normal halten. Hartz IV hat sich - noch mehr als andere Einschnitte in das soziale Netz - tief in das Bewußtsein der Betroffenen und derer, die sich davor fürchten müssen, eingegraben. Dabei geht es um die Überführung des Arbeitslosengeldes in ein schon nach einem Jahr Arbeitslosigkeit eingreifendes System sehr knapper Sozialhilfe unter Verpflichtung zur Annahme jedweder Arbeit. Die Umstellung folgte den Vorschlägen der von Gerhard Schröder berufenen Kommission "Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" vom August 2002 und fand in den Hartz Gesetzen ihren Ausdruck. Schon der Name der Kommission, die nichts mit "Modernität" zu tun hatte, war eine obszöne Beleidigung der Opfer. Fortan stürzten auch Menschen, die viele Jahre lang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hatten, schon nach einem Jahr auf Sozialhilfeniveau.

## 2. Der Regelsatz

Der Hartz IV Regelsatz beläuft sich im Jahr 2016 auf die "fürstliche" Summe von 13,31 Euro pro Tag, darunter 4,73 Euro für Nahrungsmittel und

alkoholfreie Getränke und ganze 0,05 Euro für Bildung. Aus der Sicht eines Menschen, der an der Spitze der Bundesregierung ein Einkommen von rund 350 Euro netto pro Tag (einschließlich steuerfreier Aufwandsentschädigung) bezieht, sollte das eigentlich ein unvorstellbar tiefer Graben sein, der die Betroffenen im Schatten verschwinden läßt.

Die turnusgemäße Anpassung der Regelsätze beruht zu 70 % auf der Preisentwicklung regelsatzrelevanter Güter und zu 30 % auf der Entwicklung der Löhne im Vorjahresvergleich. Im Ergebnis ist der Regelsatz vor allem bei Nahrungsmitteln deutlich hinter der Preisentwicklung zurückgeblieben (Abb. 19072). Die Leistungen liegen in diesem Bereich für den Zeitraum seit 2005 bereits um fast 9 % unter der Preisentwicklung. Noch krasser ist die Differenz bei den Stromkosten eines Haushalts, die sich seit 2005 um etwa 54 % erhöht haben. Zu den Haushaltsstromkosten hatte das Bundesverfassungsgericht noch im Juli 2014 gefordert, daß der Gesetzgeber bei kurzfristigen Preissteigerungen eine Anpassung der Regelsätze vornehmen müsse. Dem ist der Gesetzgeber bis heute nicht nachgekommen. Andererseits wirken sich höherpreisige Verbrauchsgüter (z.B. Elektronik) auf die allgemeine Inflationsrate dämpfend aus, doch werden sie von Arbeitslosen viel seltener konsumiert.



Der DGB fordert, daß die in 2016 anstehende Neubestimmung der Regelsätze auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 die auch vom Bundesverfassungsgericht gerügten Mängel bei der Bestimmung des soziokulturellen Existenzminimums ausräumt. Dazu zählt insbesondere die Wiedereinführung von Einmalbeihilfen für größere Haushaltsgegenstände und die tatsächliche Möglichkeit für Hilfeempfänger/innen, höhere Bedarfe bei bestimmten Gütern durch Einsparungen bei anderen Gütern decken zu können. Bisher sind die Regelsätze so restriktiv festgesetzt, daß dieser sog. interne Ausgleich faktisch nicht möglich ist.

Dazu DGB-Vorstandsmitglied Buntentbach:

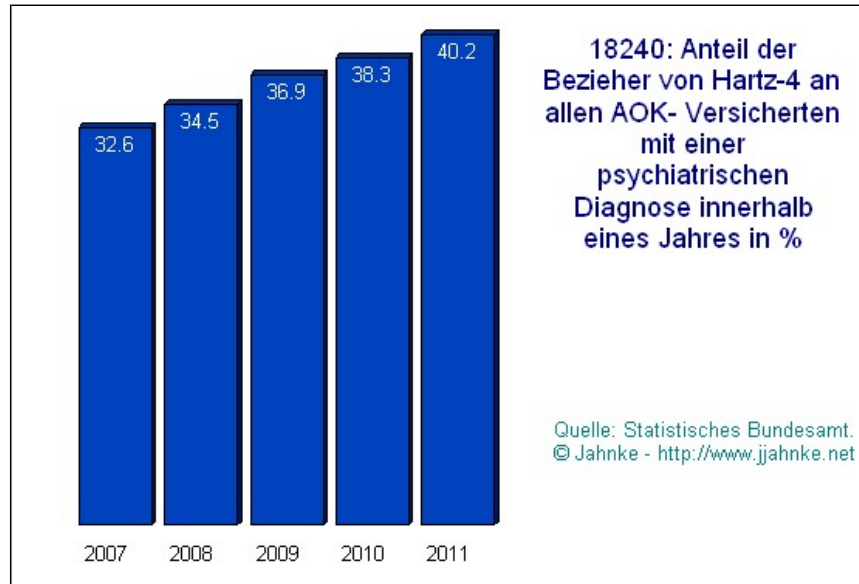
"Die Einkommensschwächsten in unserer Gesellschaft haben heute real weniger zum Leben als im Jahr 2005 beim Start von Hartz IV. Trotz guter Konjunktur hat sich die Spaltung zwischen oben und unten noch vergrößert. Ein Teil der Gesellschaft, darunter überproportional viele Kinder, droht von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgehängt zu werden. Die Bundesregierung darf bei der kommenden Neubestimmung des soziokulturellen Existenzminimums mit Wirkung ab 2017 nicht wieder die Regelsätze kleinrechnen. Die Sicherung des Existenzminimums ist ein Verfassungsauftrag und keine Frage fiskalpolitischer Opportunität."

Fast jeder zweite Hartz-IV-Empfänger im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) ist bereits vier Jahre oder länger im Hilfebezug. Dabei ist inzwischen etwa ein Zehntel auch der kurzzeitig Erwerbslosen zusätzlich auf Hartz IV angewiesen, weil ihr Arbeitslosengeld zum Leben allein nicht ausreicht.

### **3. Der psychische Druck**

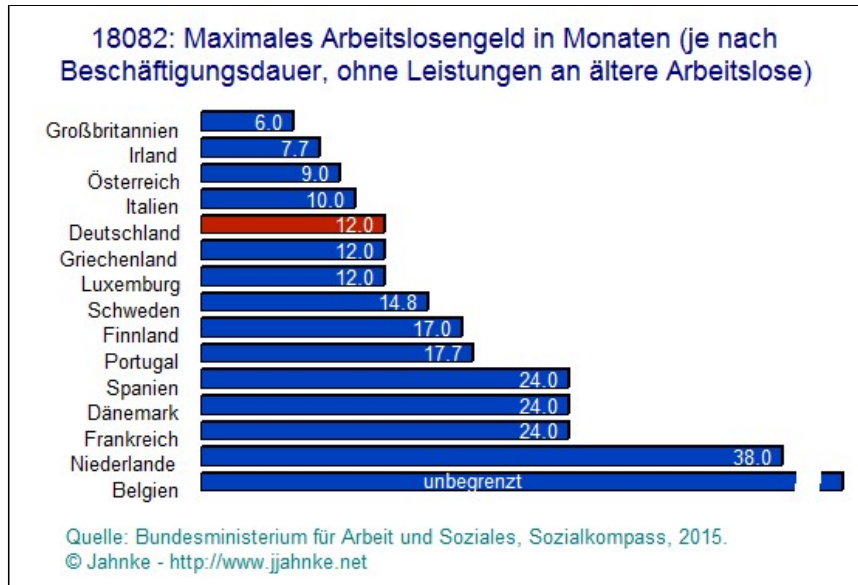
Seit den Hartz Gesetzen geht von der Gefahr der Arbeitslosigkeit ein enormer psychischer Druck auf alle Deutschen im arbeitsfähigen Alter aus, die nicht zu den Bevorrechtigten mit entsprechendem Vermögensstatus und absolut sicherem Job zählen. Dabei bedeutet Hartz IV nicht nur Geld-Armut, sondern

sehr oft psychische Erkrankung. Der Anteil der Hartz-IV-Bezieher mit einer psychiatrischen Diagnose an allen Hartz-IV-Beziehern ist nach Ermittlungen der AOK mit über 40 % extrem hoch und ist über die Jahre immer höher gestiegen (Abb. 18240).

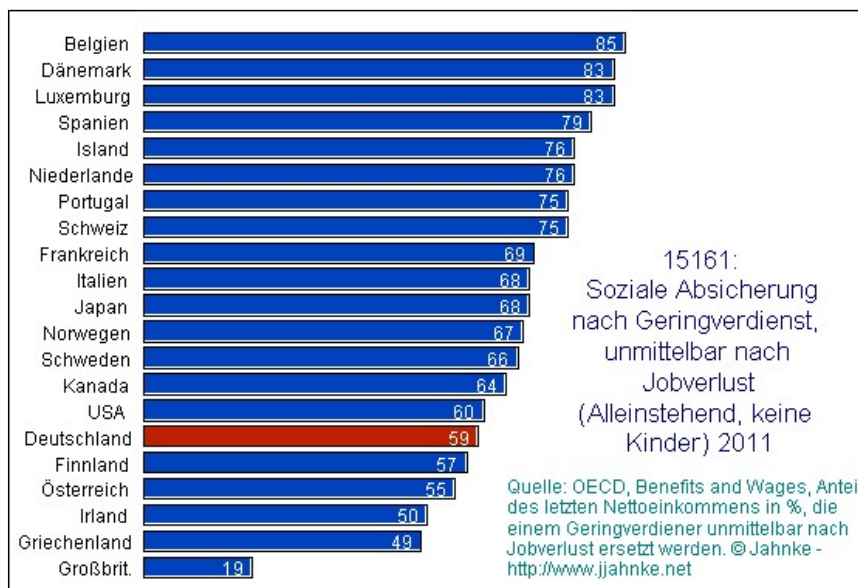


#### 4. Internationaler Vergleich

Im internationalen Vergleich wird in Deutschland das Arbeitslosengeld viel kürzer gezahlt als in vielen anderen Ländern (Abb. 18082). Schon das ist für das reiche Deutschland ein sozialer Skandal.



Die soziale Absicherung unmittelbar nach einem Jobverlust ist nach Geringverdienst in Deutschland besonders niedrig, wie die OECD schon für 2011 ermittelt hat (Abb. 15161).



## 5. Fazit

Es wird Zeit, daß die Gesellschaft begreift, welches sozialpolitisches Unheil hier angerichtet wird. Sie muß auch begreifen, daß wir nicht nur Mitgefühl mit

Flüchtlingen brauchen, sondern erst recht mit den eigenen Landsleuten. Wer dazu nicht fähig ist, sollte sich nicht wundern, wenn er selbst eines Tages abstürzt. Leider muß befürchtet werden, daß die Flüchtlinge zum Vorwand genommen werden, um den sozialpolitischen Mißstand weiter andauern zu lassen.

\* \* \* \* \*

**Hier** können Sie diesen Rundbrief bewerten.